



Glaubenssachen

Sonntag, 24. Juli 2022, 08.40 Uhr

Zwischen Schwertern und Pflugscharen
Der Krieg und die Friedensethik
Von Reinhard Bingener

Redaktion: Florian Breitmeier
Norddeutscher Rundfunk
Religion und Gesellschaft
Rudolf-von-Bennigsen-Ufer 22
30169 Hannover
Tel.: 0511/988-2395
www.ndr.de/ndrkultur

- Unkorrigiertes Manuskript -

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Der russische Angriff auf die Ukraine lässt eine alte Debatte in der evangelischen Kirche neu aufleben: das Ringen um die richtige Friedensethik. Spätestens seit der Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg stehen sich dabei zwei Lager gegenüber: Ein pazifistischer Flügel, der sich für Gewaltverzicht, Abrüstung und zivilen Widerstand einsetzt. Und ihnen gegenüber Christen, die im Militär einen unverzichtbaren Garanten einer stabilen und gerechten Ordnung sehen. Nun wird in der Kirche darüber gestritten, ob man den Ukrainern mit der Lieferung deutscher Waffen beistehen soll und ob der Dialog mit der russisch-orthodoxen Kirche fortgesetzt werden soll. Die konkreten Fragestellungen gleichen damit der politischen Debatte.

Doch in der Kirche klingt noch eine weitere, grundsätzlichere Dimension an, die bis an den Ursprung des Christentums zurückreicht. Denn Jesus von Nazareth hatte unzweideutig die Gewaltlosigkeit gepredigt. „Wenn dich jemand auf deine rechte Wange schlägt, dem biete die andere auch dar“, heißt es in der Bergpredigt. Und als einer der Jünger Jesus mit dem Schwert gegen seine Häscher verteidigen wollte, sagte er: „Stecke dein Schwert an seinen Ort! Denn wer das Schwert nimmt, der wird durchs Schwert umkommen.“

Die frühen Christen versuchten laut den erhaltenen Quellen, sich an diesen Worten zu orientieren. Laut dem Kirchenhistoriker Wilhelm Geerlings gibt es bis zur Mitte des zweiten Jahrhunderts nach Christi Geburt „kein einziges sicheres Zeugnis für christliche Soldaten“. Das Christentum war zu dieser Zeit noch so unbedeutend, dass die Frage noch keine große Brisanz im römischen Reich besaß. Rom kam in dieser vergleichsweise friedlichen Phase zurecht, ohne im Militär auf Christen zurückzugreifen.

An den Schriften des Kirchenvaters Tertullian lässt sich zeigen, wie sich diese Lage allmählich änderte. Tertullian weiß um das Jahr 197 herum bereits, dass es Soldaten unter den Christen gibt. Der Gedanke jedoch, dass von einem getauften Christen Gewalt ausgeht, ist für ihn unerträglich. „Der Herr selbst, indem er Petrus entwaffnete, hat jedem Soldaten nach ihm das Schwert abgeschnallt“, schreibt Tertullian. Doch der Druck auf die Christen steigt. Die Kirche wächst und das Reich gerät in immer unruhigere politische Gewässer. Das merkt auch Tertullian, der sich schon bald kompromissbereiter zeigt. Nun schreibt er, dass Christen nicht Soldaten werden sollen. Wenn sich ein Soldat aber erst im Dienst zum Christentum bekehrt, dürfe er Soldat bleiben, solange er sich nicht an heidnischen Kulte oder der Vollstreckung von Todesstrafen beteiligt. Die Absicht der Kirche bestand damals also nicht darin, alles Militär zu beseitigen. Denn Gewalt zählt zur Signatur einer Welt, die der Sünde verfallen ist. Der Kirche ging es darum, dass die vergleichsweise kleine Schar der Christen ihre moralische Reinheit bewahrt.

Der Philosoph Celsus hielt den Christen die fehlende Verallgemeinerbarkeit dieser Haltung vor: Falls sich die Gesellschaft nur aus Christen zusammensetzen würde, stünde das Reich wehrlos seinen Feinden gegenüber, argumentiert der heidnische Schriftsteller. Mit der wachsenden Zahl der Christen gewann dieser Einwand immer stärker an Gewicht. Den großen Umschwung brachte dann der Aufstieg des Christentums zur Staatsreligion im vierten Jahrhundert. Die konstantinische Wende zwang die Christen, ihre Friedensethik nicht mehr auf der Grundlage einer Minderheitssituation zu denken, sondern für eine Mehrheitssituation.

Der Kirchenvater Augustinus stellte sich dieser Aufgabe und versucht, einen Kompromiss zwischen der Jesus-Botschaft und dem neuen Status des Christentums als

Staatsreligion zu finden. „Sei deshalb auch, wenn du Krieg führst, ein Friedensstifter“, schreibt er und entwirft einen Kriterienkatalog. Augustinus formuliert so eine Lehre des „Gerechten Krieges“. Kriege sollen einem *iustus finis*, also einem gerechten Ziel, dienen. Sie benötigen eine *causa iusta*, einen rechtfertigenden Grund. Und sie müssen von einer legitimen Autorität geführt werden.

Die Lehre vom „Gerechten Krieg“ hat im Mittelalter dann Thomas von Aquin weiter systematisiert und verfeinert. Der Kriterienkatalog wirkte auch in den Kirchen der Reformation fort. Martin Luther betrachtete das ausziselierte Lehrgebäude von Thomas von Aquin allerdings mit Skepsis. Dies gilt auch für den Bereich der Kriegsführung. „Und hier ergibt sich´s auch, dass, wenn man feste Regeln und Rechte aufstellen will, so viele Einzelfälle und Ausnahmen auftreten, dass es sehr schwer oder sogar unmöglich ist, alles so genau und zutreffen zu fassen“, schreibt Luther in seiner Schrift „Ob Kriegsleute auch in seligem Stande sein können“. Der Reformator bejahte diese Frage. Auch Soldaten können gute Christen sein. Denn die Aufrecht-erhaltung der Ordnung in der von Luther als zutiefst chaotisch wahrgenommenen Welt kann die Anwendung von Gewalt erfordern.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden obliegt dem Landesherrn. Die Territorialherrscher gehen auch sonst gestärkt aus der Reformation hervor, während Kaiser und Papst an Einfluss verlieren. Das gilt besonders für Preußen, wo sich der selbstbewusste, nationalprotestantische Geist später in dem Spruch „Mit Gott für König und Vaterland“ niederschlagen wird. Militärische Kultur und christlicher Glaube werden nicht als Widerspruch betrachtet.

Der Erste Weltkrieg stürzte diese Ideologie in eine tiefe Krise. Bedeutende evangelische Theologen, darunter der bei den Hohenzollern einflussreiche Kirchenhistoriker Adolf von Harnack unterzeichneten nach Kriegsbeginn das „Manifest der 93“, das die deutsche Kriegsführung verteidigte. Dagegen begehrte eine neue Generation von Theologen unter der Führung von Karl Barth auf. Sie warfen den alten Professoren wie Harnack vor, den christlichen Glauben viel zu eng mit der nationalen Kultur zu vermengen und dem Ruf Jesu damit seine ursprüngliche Schärfe zu nehmen. Das Ende des Ersten Weltkriegs markiert so zugleich die Geburtsstunde der dialektischen Theologie Karl Barths, die fortan zur dominierenden Theologie des zwanzigsten Jahrhunderts aufsteigt und bis heute gerade unter den führenden Vertretern der evangelischen Kirche zahlreiche Anhänger hat.

Der Kampf der Kirche gegen die nationalsozialistische Ideologie nach der Machtergreifung Hitlers wird allgemein als bestandene Bewährungsprobe der dialektischen Theologie Karl Barths betrachtet. Das gern gezeichnete Bild, dass die Anhänger der liberalen Theologie im ersten und zweiten Weltkrieg moralisch versagt hätten, die dialektischen Theologen hingegen richtig lagen, hält einer näheren Betrachtung jedoch nicht stand. Es waren gerade liberale Theologen wie Adolf von Harnack oder Ernst Troeltsch, die im weiteren Verlauf des Ersten Weltkriegs für einen Friedensschluss eintraten und später die Weimarer Republik gegen ihre antidemokratischen Feinde verteidigten. Dennoch hatten nach dem Zweiten Weltkrieg die Anhänger Barths den höheren moralischen Kredit und entsprechend selbstbewusst traten die alten Bruderräte aus der Bekennenden Kirche innerkirchlich auch auf.

Zum ersten großen friedensethischen Konflikt kam es, als die junge Bundesrepublik in den fünfziger Jahren von den Vereinigten Staaten zur Remilitarisierung gedrängt wurde.

Über diese sogenannte „Wiederbewaffnung“ wurde in der evangelischen Kirche über Jahre erbittert gestritten. In der Auseinandersetzung gewannen jene beiden Lager in der EKD Kontur, die sich im Prinzip heute gegenüberstehen: Auf der einen Seite steht ein barthianisch, bruderrätlich orientierter Flügel, der pazifistischen Haltungen zuneigt, das christliche Ethos in der Gesellschaft klar profilieren möchte, politisch eher links steht und auch einen Ausgleich mit dem sowjetischen Ostblock sucht. Ihm gegenüber stehen konservative, später auch zunehmend wieder liberale Protestanten, die für eine klare Westbindung Deutschlands eintreten und in lutherischer Tradition auch die Meinung vertreten, dass eine gerechte Ordnung notfalls mit Gewalt gegen ihre Feinde verteidigt werden muss. Ähnlich argumentierte die katholische Kirche, die damals ebenfalls auf Antikommunismus und Westbindung setzte. Der Konflikt reicht tief bis in die westdeutsche Politik: 1950 tritt der CDU-Mitgründer Gustav Heinemann, damals zugleich Präses der EKD-Synode, nach einem Streit mit dem katholischen Kanzler Adenauer über die Wiederbewaffnung von seinem Amt als Bundesinnenminister zurück. Heinemann wird später zur SPD wechseln und von ihr zum Bundespräsidenten gewählt werden. Innerhalb der evangelischen Kirche stehen sich die beiden Lager vor dem Abschluss des Militärseelsorgevertrags im Jahr 1957 erneut gegenüber. Die CDU-nahen Kreise in der Kirche befürworteten spezielle Geistliche für die Bundeswehr. Der linke Flügel erkennt eine verhängnisvolle Fortsetzung einer religiösen Rechtfertigung des Tötens und verweist auf die schlimmen Erfahrungen der beiden Weltkriege. Im Ergebnis kann sich jedoch die konservative Seite unter Verweis auf die realpolitischen Zwänge durchsetzen. Deutschland bekommt wieder ein Militär und im Militär arbeiten weiter evangelische Pastoren.

Die Mentalitäten innerhalb der Theologenschaft verschieben sich indes in die entgegengesetzte Richtung. Die 68er-Bewegung und die Empörung über den Krieg der Vereinigten Staaten in Vietnam spült eine erste große sogenannte „Theologenschwemme“ in die evangelische Kirche. Es ist eine stark politisierte und pazifistisch geprägte Generation, zu der auch die späteren EKD-Ratsvorsitzenden Wolfgang Huber und Nikolaus Schneider gehören. Die zweite „Theologenschwemme“ folgt dann Anfang der Achtziger. Sie ist stark von der Nachrüstungsdebatte geprägt und bringt die Ursprungsimpulse der Grünen in die evangelische Kirche: Ökologie, Feminismus, und wieder: Pazifismus.

Mit der Wiedervereinigung gelangte die ebenfalls stark pazifistisch geprägte Pfarrerschaft aus der ehemaligen DDR hinzu. Der heutige EKD-Friedensbeauftragte Friedrich Kramer gehörte zu denjenigen, die im SED-Regime den Kriegsdienst verweigerten und als Bausoldaten dienten. Mit dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus verschoben sich zudem die weltpolitischen Rahmenbedingungen. An die Stelle des alten Szenarios eines konventionellen, womöglich auch atomaren Krieges zwischen den großen Blöcken trat die Realität kleinerer, asymmetrischer Konflikte, an denen sich zunehmend auch die Bundeswehr beteiligte.

Diesem Wandel trug die EKD im Jahr 2007 mit einer neuen Friedensdenkschrift Rechnung. Die markanteste Veränderung besteht darin, dass sich die evangelische Kirche vom Begriff des „Gerechten Krieges“ verabschiedet und stattdessen wie zuvor schon die katholische Kirche den „gerechten Frieden“ in den Mittelpunkt rückte. Dieser Schritt bedeutet nicht, dass die Kirche nun einen konsequenten Pazifismus vertritt. Es wird weiterhin anerkannt, dass in bestimmten Situationen die Anwendung sogenannter

„rechtserhaltender Gewalt“ erforderlich ist. Das Hauptaugenmerk liegt nun allerdings auf den Ermöglichungsbedingungen einer gerechten Ordnung – also nicht nur den militärischen, sondern auch den rechtlichen und wirtschaftlichen. Vor allem das Feld der Entwicklungshilfe gewinnt an Bedeutung. Das neue Konzept eines „gerechten Friedens“ ist damit wesentlich breiter angelegt als der Kriterienkatalog des „gerechten Krieges“. Dafür fehlt ihm allerdings auch dessen Griffbarkeit und begriffliche Klarheit. Statt um die Verhinderung von Gewalt geht es nun um die Etablierung einer umfassenderen Ordnung.

Im Ergebnis hat die Friedensdenkschrift von 2007 die inner-kirchliche Kompromisslinie ein Stück nach links verschoben. Hinzu kommt, dass im Jahr 2008 das neue Amt des EKD-Friedensbeauftragten geschaffen wird, dass dem pazifistischen Flügel ein offizielles Sprachrohr verleiht. Außerhalb der Kirche nimmt davon kaum jemand Notiz. Die kurz darauf gewählte EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann löste Ende 2009 mit ihrem Satz „Nichts ist gut in Afghanistan“ hingegen eine breite gesellschaftliche Debatte aus. Viele betrachteten es damals als überfällig, dass über die offenkundigen Abgründe des Afghanistan-Einsatzes gesprochen wurde. Käßmann konkretisierte jedoch nicht, wie eine bessere Lösung des Konflikts aussehen könnte. Sie beließ es bei einem vagen Ruf nach ziviler Konfliktbewältigung und, wie sie formulierte: „mehr Fantasie für den Frieden“.

In anderen pazifistischen Kreisen der evangelischen Kirche wurde man konkreter: Die Badische Landeskirche erarbeitete ein Positiv-Szenario, nach dem die Bundeswehr bis 2040 in ein internationales Technisches Hilfswerk überführt werden soll. Einen ähnlichen Geist atmete auch eine Kundgebung der EKD-Synode aus dem Jahr 2019, die den Opfern von Gewalt nach dem Vorbild Jesu zu „aktivem Gewaltverzicht“ rät und vorschlägt, zwei Prozent der Wirtschaftsleistung statt in Rüstung in „gewaltfreie Konfliktbearbeitung“ zu investieren. Mit diesem Beschluss überbot die EKD ihre Friedensdenkschrift von 2007 und näherte sich erstmals einer radikalpazifistischen Position an.

Die weltpolitische Realität entwickelte sich jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 trat ein längst überwunden gehofftes Szenario ein, das an die Planspiele des Kalten Krieges erinnert: Ein großer konventioneller Krieg im Herzen Europas mit atomarem Eskalationspotential. Gemessen an den Kriterien des „Gerechten Krieges“ markiert Putins Überfall auf die Ukraine einen glasklaren Verstoß gegen die christliche Ethik. Doch in manchen Teilen der evangelischen Kirche wollte man nach Kriegsbeginn Putin nicht allein die Schuld geben. Aus dem pazifistischen Kreis der badischen Kirche hieß es, Putin fühle sich „zu recht betrogen“ von der Nato. Und der Ukraine, die gerade die erste Angriffswelle der russischen Armee vor Kiew erfolgreich zurückschlagen hatte, wurde zu „gewaltfreiem Widerstand“ geraten.

Auch der mitteldeutsche Bischof und EKD-Friedensbeauftragte Friedrich Kramer scheute sich zunächst, Putin und die russische Föderation als Aggressor zu benennen. Kramer stellte sich auch gegen das 100-Milliarden-Euro-Paket der deutschen Regierung für die Bundeswehr sowie gegen Waffenlieferungen an die Ukraine. Ähnlich äußerte sich auch die frühere EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann. Der für Osteuropa zuständige EKD-Oberkirchenrat Martin Illert wiederum redete die nationalistische Ideologie des

Moskauer Patriarchats klein. Zugleich verwies er auf eine Mitschuld der westlichen Kirche an der Eskalation, ohne dies genauer zu erläutern.

Die Äußerungen deuten auf ein nicht aufgearbeitetes Erbe der deutschen Friedensbewegung: Denn die Proteste der sechziger wie auch der achtziger Jahre in Westdeutschland richteten sich allesamt vornehmlich gegen die Militärpolitik des Westens, insbesondere der USA. Der daraus resultierende, latente Antiamerikanismus hat es Teilen der deutschen Friedensbewegung offenkundig schwer gemacht, den Wandel Russlands zu einer aggressiv imperialistischen und nationalistischen Macht wahrzunehmen.

Innerhalb der EKD ist der pazifistische Flügel, der auf der Synode von 2019 noch punkten konnte, inzwischen zunehmend in der Defensive. Der Friedensbeauftragte Friedrich Kramer gilt innerhalb der Kirchengspitze als isoliert. Die Kirchenkonferenz der EKD verurteilte den russischen Angriff unzweideutig und stellte das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine heraus. Westliche Waffenlieferungen werden von den Bischöfen ausdrücklich als „Option“ genannt. Der pazifistische Flügel verweist hingegen darauf, dass die Waffenlieferungen das Töten im Osten verlängern und man stattdessen auf Dialog setzen muss. Der EKD-Militärbischof entgegnet, dass es keinen Mangel an Dialogversuchen gebe, Moskau aber offenkundig nicht zu konstruktiven Verhandlungen bereit sei. Erst eine veränderte militärische Lage werde Moskau zu ernsthaften Gesprächen veranlassen.

Diskutiert wird auch über den Dialog mit der russisch-orthodoxen Kirche. In der EKD gibt es Stimmen, die den Dialog zumindest zeitweilig aussetzen wollen. Die EKD-Spitze lehnt das bisher ab. Die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus bezeichnet die religiöse Überhöhung des Krieges durch den Moskauer Patriarchen Kyrill zwar als Gotteslästerung, möchte an den Gesprächen mit seiner Kirche aber festhalten und die Brücken nicht ganz abbrechen lassen. Im Hintergrund steht die Annahme, dass es in den Reihen hinter dem Putin-treuen Patriarchen gemäßigte Kräfte gibt, die sich von der Linie des Kreml unterscheiden.

Die grundsätzliche Frage lautet gegenwärtig, inwiefern die EKD ihre Friedensethik überarbeiten wird. Vertreter der Militär-seelsorge und der Theologie fordern das. Der Systematische Theologe Johannes Fischer zum Beispiel spricht von einem „friedensethischen Scherbenhaufen“ der EKD und erkennt in dem Synodenbeschluss von 2019 eine „fundamentale theologische Verirrung“. Fischer hält es für verfehlt, das christliche Liebesethos über die großen Dilemmata der Weltpolitik stülpen zu wollen. Mit diesem Einwand wird sich die evangelische Kirche beschäftigen müssen. Der Krieg in der Ukraine führt so die Kirche wieder zurück zu der Frage, vor der sie spätestens seit der konstantinischen Wende stand: Wie lässt sich die Gewaltlosigkeit der Jesus-Bewegung damit vereinbaren, dass eine staatliche Ordnung manchmal verteidigt werden muss?

* * *

Zum Autor:

Reinhard Bingener, evangelischer Theologe und politischer Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung